

---

# FORUM

---

## **Faschismusbild und Faschismusinterpretationen: Die *Sopade* und die *Giustizia e Libertà* im Vergleich**

**Francesco Di Palma**

### **ABSTRACT**

This article argues that the Sopade, the exile executive of the German Socialdemocratic Party, and Giustizia e Libertà, the Italian socialist group founded in Paris in 1929, elaborated similar interpretations of fascism out of common theoretical impulses from for instance the French or Belgian socialist avant-garde. Their most influential leaders, e.g. Rudolf Hilferding and Friedrich Stampfer on the one hand, Carlo Rosselli and Gaetano Salvemini on the other, believed in the momentous character of fascism in Europe. They considered it a barbaric, civilisation-breaking regime, and at the same time stressed the unique chance for humanist and social rebirth antifascism offered. Being in control of large portions of the respective socialdemocratic press, they were, despite organisational and political setbacks in exile, able to strongly influence the German and Italian antifascism by pleading for the assimilation of an antidogmatic and antireformist, liberal and federalist socialism.

Ziel dieses Aufsatzes ist die vergleichende Behandlung der politisch-ideologischen Prozesse, welche die Entwicklung der deutschen Sopade und der italienischen Giustizia e Libertà seit den zwanziger Jahren charakterisierten und ihr Faschismusbild nachhaltig prägten. Eine solche systematische Gegenüberstellung kann helfen veraltete historiographische Deutungen zu berichtigen, welche sich im Laufe der Jahre festigen konnten. Die Giustizia e Libertà wurde 1929 von einer Gruppe von Dissidenten, darunter Ex-Politiker und Intellektuelle, ins Leben gerufen.<sup>1</sup> Die Formation um Carlo Rosselli

1 Giustizia e Libertà, im Weiteren GL. Unter den Gründern der Partei waren der Wirtschaftsprofessor und soziali-

vertrat zunächst unterhalb des breit gefächerten Antifaschismus einen demokratischen, „voluntaristischen“ Sozialismus. Der Zusammenschluss heterogener Aktivisten in Paris ging aus einer schon längst aktiv wirkenden sozial-liberalen Plattform hervor, die sich unter anderem auf die Lehre Giuseppe Mazzinis (1805–1872) und Piero Gobettis (1901–1926) berief und Zeitschriften wie „*Il becco Giallo*“, „*L'Unità*“ und „*Il Quarto Stato*“<sup>2</sup> herausgegeben hatte.

Am 31. Juli 1931 kam es zum Aktionspakt zwischen der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) und der GL, deren Vorstände sich in Paris trafen und dadurch die *Concentrazione antifascista* (antifaschistische Front)<sup>3</sup> stärkten. Die GL stieg somit zur „einheitlichen Bewegung der revolutionären Tätigkeit in Italien“ auf.<sup>4</sup> Es ist tatsächlich beinahe unmöglich, die Geschichte beider Formationen zu jenem Zeitpunkt zu trennen: Die Zusammenarbeit im Exil war die unumgängliche Bedingung nicht nur für den Erfolg bei den propagandistischen Anstrengungen, sondern auch für die Absicherung des Weiterbestehens beider Parteien.

In den ersten drei Jahren ihrer Existenz stellte die GL ihr Handeln darauf ab, in den Untergrund des Widerstands in Italien einzudringen, um von dort das kommunistische Primat zu untergraben und demokratische Parolen weiterzugeben.<sup>5</sup> Antrieb war die tiefe Verbitterung gegenüber den traditionellen liberalen Konzepten des frühen 20. Jahrhunderts und deren Hauptakteuren, die den aufkeimenden Faschismus und die Gefahr durch Mussolini unterschätzt bzw. nicht aufzufangen gewusst hatten. Eine feste Überzeugung bestand darin, dass nur eine energische Propaganda gegen das Regime sowie eine politische Neuerziehung, zuerst der wenigen und anschließend der Masse, zur Überwindung der Diktatur führen werde.

Mit dem Begriff „Sopade“ verbindet man die Geschichte der SPD im Exil seit Ende 1933 und während des Zweiten Weltkrieges bis 1945. Bei der Sopade handelte es sich um einen sogenannten Rumpfvorstand, dessen Autonomie nicht sofort von den im Lande gebliebenen Genossen anerkannt und auch nicht durch eine offizielle Wahl bestätigt wurde. Nichtsdestotrotz konnte sich der Prager Vorstand zumindest ab 1934, d. h. seit dem Erscheinen seines revolutionären Manifestes, als Garant und Bewahrer der sozialdemokratischen Tradition durchsetzen und so auch die ideologische Führung der in Deutschland verbotenen Partei übernehmen. Dies rechtfertigt aber nicht die Annahme, dass die Prager Sopade mit der Weimarer SPD identisch war, wie die Politik des Exils und die Entwicklungen nach 1945 zeigen sollten.

berale Theoretiker Carlo Rosselli (1899–1937), der Historiker Gaetano Salvemini (1873–1957), die Sozialrepublikaner Emilio Lussu (1890–1975), Francesco Fausto Nitti (1899–1974) und Alberto Cianca (1884–1966). Dazu u.a. G. Salvemini, *Memorie d'un fuoriuscito*, Mailand 1960; F. Di Palma, *Liberaler Sozialismus in Deutschland und in Italien im Vergleich. Das Beispiel Sopade und Giustizia e Libertà*, Berlin 2010 (im Erscheinen), S. 152–165.

2 Vgl. N. Tranfaglia, Carlo Rosselli, dall'interventismo a Giustizia e Libertà, Bologna 1968, und P. Bagnoli, Carlo Rosselli. Tra pensiero politico e azione, Florenz 1985.

3 Diese sollte sich bis zum 5. Mai 1934 halten. Dazu ausführlich: S. Fedele, *Storia della concentrazione antifascista 1927–1934*, Mailand 1976.

4 Patto d'Azione. Archiv der GL, Florenz, Sekt. III, Heft 2, Nr. 8.

5 Vgl. E. Modena-Burkhardt, *Von Giustizia e Libertà zum Partito d'Azione*, Zürich 1974, S. 2–3.

Das Verbot traf die Partei am 23. Juni 1933. Durch die Verschärfung der Repressionsmaßnahmen im Lande durch die SA und die Einführung einer strengen Zensur wurden gewichtige Koordinationsorgane der SPD, wie die Presseorgane, lahmgelegt. Darüber hinaus beschnitt der erzwungene Zusammenschluss der gesamten Gewerkschaften die Bindung dieser an die Basis der Wählerschaft. Hilflos und regelrecht politisch abgekapselt rief der Parteivorstand eine Konferenz zusammen, die über die Unheil verheißende Lage beraten sollte. Am 27. April 1933 kamen die Parteispitzen im Reichstag zusammen. Abgesehen von der allgemeinen Orientierung der Konferenz, die als vereinigender Anlass gedacht war, traten auf der Sitzung tiefe Divergenzen bezüglich der gegen das sich verfestigende Regime Hitlers einzuleitenden Schritte hervor. Zwei unterschiedliche Ansichten prallten aufeinander: Auf der einen Seite die Gruppe um Friedrich Stampfer (1874–1957), den Chef-Redakteur des „Vorwärts“, der sich entschieden für die sofortige Errichtung einer SPD-Auslandsvertretung engagierte, welche vor allem für die Propagandaarbeit zuständig sein sollte; auf der anderen Seite der Kreis um Paul Löbe, den ehemaligen Reichspräsidenten, welcher die Befürchtung eines weitgehenden Presseverbots für unangemessen und übertrieben hielt und aus diesem Grunde den Vorschlag Stampfers als eine gefährliche Provokation gegen die neue Regierung wertete. Am 4. Mai beschloss die SPD in einer Sondersitzung die Errichtung einer Vertretung im Ausland.<sup>6</sup> Dazu wurden die folgenden Mitglieder ernannt: Otto Wels als Vorsitzender, Hans Vogel (1881–1945), Siegmund Crummenerl (1892–1940), Friedrich Stampfer, Paul Hertz (1888–1961) und Erich Ollenhauer (1901–1964), die den „Rumpfvorstand“ der SPD, die Sopade, bildeten.

Zu den geläufigsten Verallgemeinerungen, welche die Geschichte beider Gruppierungen begleiten, gehört zum einen die Annahme, die Sopade sei ausschließlich „Treuhanderin“ der Weimarer SPD gewesen<sup>7</sup>, ihr Beitrag zum sozialistischen Antifaschismus wäre politisch zu „einfältig“ gewesen und ihre propagandistische Aktivität folgte überlieferten starren Schablonen. Zum anderen ist behauptet worden, dass die Giustizia e Libertà nur partiell dem sozialistischen Widerstand, sondern vielmehr dem bürgerlichen zuzuordnen sei, denn in ihr ruhten zu viele auseinander strebende Tendenzen, darunter republikanische, elitäre oder sogar anarchistische,<sup>8</sup> welche das einheitliche Bild der Gruppe verzerrten und es im Allgemeinen erschwerten, ihr Handeln im Dickicht der antifaschistischen Opposition genau zu erfassen.

In der Bundesrepublik Deutschland und in Italien erschienen zwischen Mitte der sechziger und Ende der siebziger Jahre erstmals zahlreiche Publikationen über die Sopade

6 Die erste kurze Etappe der Auslandsvertretung war Saarbrücken im Saarland, seit 1933 bis 1938 Prag, dann Paris bis 1941 und zuletzt London bis Kriegsende. Vgl. W. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik: die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

7 Vgl. L. J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Hannover 1960; Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Bonn 1964.

8 Vgl. A. Garosci, Vita di Carlo Rosselli, Rom 1945; F. Invernici, L'alternativa di Giustizia e Libertà, Mailand 1987; Modena-Burkhardt, Giustizia e Libertà (Anm. 5).

und die GL.<sup>9</sup> Diese Veröffentlichungen waren vorwiegend auf die Darstellung innerparteilicher Beziehungen beschränkt und lieferten im Allgemeinen eine Rekonstruktion der von beiden Parteivorständen betriebenen Politik.

Als die beiden Vorstände sich jeweils in Paris bzw. Prag zusammenfanden, um die künftigen Exilformationen ins Leben zu rufen, wiesen sie nur zufällige, für die Ausformung ihrer Widerstandspolitik jedoch kaum zu überschätzende Gemeinsamkeiten auf, die zum Teil auf persönliche Beziehungen zurückgingen. Bindeglieder solcher Annäherungen waren wichtige Politiker beider Parteien oder Personen, die diesen nahe standen. Einerseits war Gaetano Salvemini<sup>10</sup> als profiliertes „Kenner“ der deutschen Sozialdemokratie sowie entschlossener Befürworter des Föderalismus die Schlüsselfigur der frühen Rezeption alternativer programmatischer Konzepte des „dritten Weges“.<sup>11</sup> Andererseits war der Einfluss Carlo Rosselli<sup>12</sup> gewichtig: Seine Auseinandersetzung mit dem deutschen Neukantianismus<sup>13</sup> und der Umgang mit den Militanten des ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund)<sup>14</sup> prädestinierten ihn zur Aufnahme eines undogmatischen Marxismus mit revolutionären und antimaterialistischen Zügen. Gleichfalls war bekannt, dass Silvio Trentin (1885–1944) und die Gebrüder Rosselli<sup>15</sup> während ihrer Aufenthalte in Berlin Anfang der zwanziger Jahre einflussreiche Bekanntschaften hatten schließen können (z. B. mit Rudolf Hilferding, Fritz Adler, Otto Bauer und Julius Deutsch),<sup>16</sup> welche sie über die Exiljahre durch regelmäßige Korrespondenz aufrecht erhalten konnten.

So erscheinen die GL und die Sopade als zwei vergleichbare politische Einheiten, denn sie wiesen Ähnlichkeiten und Unterschiede auf, auf welche die Entwicklung des gesamten gemäßigten sozialdemokratischen Lagers zurückgeführt werden kann. Ihr Vergleich wirft Fragen auf, die zur Vergegenwärtigung interkultureller und intergesellschaftlicher Sichtweisen und Perspektiven beitragen und weit über die Existenz der analysierten Parteien hinausreichen.<sup>17</sup> Die Untersuchung der propagandistischen Bestrebungen beider

9 Ebenda, sowie W. Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt a.M. 1964; P. Grammann, *Sozialdemokratie gegen Hitler 1933–1945*, München 1976; H. J.L. Adolph, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokraten: 1894–1939*, Berlin 1971.

10 Gaetano Salvemini, ab 1901 Geschichtsprofessor an der Universität von Messina, dann Pisa und Florenz. Mitarbeit an mehreren sozialdemokratischen Zeitschriften, darunter der „*Critica Sociale*“ und „*Il Quarto Stato*“. Dazu G. Quagliarriello, *Gaetano Salvemini*, Bologna 2007.

11 Zu diesem Aspekt A. Landuyt, *Carlo Rosselli e la cultura europea di „terza via“*, in: A. Bechelloni, *Carlo e Nello Rosselli e l'antifascismo europeo*, Mailand 2001, S. 127–140.

12 Carlo Rosselli stammt aus einer wohlhabenden Familie der Toskana mit jüdischem Hintergrund. Ab 1925 Wirtschaftsprofessor an der Universität von Genua, von 1926 bis 1929 Mitarbeit am sozialdemokratischen Periodikum „*Il Quarto Stato*“ zusammen mit Pietro Nenni. 1929 gründete er die GL. Dazu ausführlich S. Pugliese, *Carlo Rosselli: socialist heretic and antifascist exile*, Cambridge (Mass.) 1999.

13 Seine Beziehungen zum neukantianischen Philosoph Leonard Nelson (1882–1927) von der Universität von Göttingen waren bekannt. Vgl. A. Landuyt, *Carlo Rosselli* (Anm. 11), S. 127–140; F. Di Palma, *Liberaler Sozialismus* (1), S. 9 f. sowie Z. Ciuffoletti/P. Bagnoli (Hrsg.), *Scritti politici e autobiografici*, Manduria 1992.

14 Der ISK, von Leonard Nelson gegründet, lehnte den Kommunismus sowie den Marxismus des Erfurter Programms der SPD ab. Hierzu ausführlich U. Vorholt, *Die politische Theorie Leonard Nelsons*, Baden-Baden 1998.

15 Carlo und Nello Rosselli (1900–1937).

16 A. Landuyt, *Carlo Rosselli* (Anm. 11), S. 137.

17 Vgl. H. Siegrist, *Perspektiven der vergleichenden Geschichtswissenschaft. Gesellschaft, Kultur und Raum*, in: H. Kaelble/J. Schriewer (Hrsg.), *Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts-*

Gruppen bildet eine Folie, an der ihre allgemeine Stellungnahme nicht nur zur politischen Lage, sondern auch zur Gesellschaft und ihrer Kritik im faschistischen Zeitalter erfasst und ausgewertet werden kann.

## Die Faschismusinterpretationen

In der Wahrnehmung der faschistischen Drohung spiegelte sich die politische Linie beider Parteien im Exil: Zunächst der revolutionäre Ausbruch, jeweils aus mehr oder weniger strategisch-propagandistischen Gründen, die „Herabsetzung“ aller Absichten auf erzieherische Projekte, die Abwägung eines Zusammengehens mit den Kommunisten (Einheitsfront), das Zurückweichen auf liberalere Ansichten und schließlich die Chance einer revolutionären Neugeburt durch die ideologische und militärische Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg. An jeder dieser Etappen setzte eine Diskussion ein, die durch die parteiinternen mitunter sehr divergierenden Strömungen angefacht wurde und sich in der Behandlung von Kernfragen wie z. B. der Rolle der Eliten, der Mittelschichten und der Neustrukturierung der Gesellschaft niederschlug.

Was augenscheinlich am meisten beeindruckte, war der entschlossene, auf Gewalt setzende Auftakt. Das Exil-Manifest beider Parteien war der erste Ausdruck deren Bereitschaft, zu konspirativen Mitteln zu greifen, und stellte die erste „ethische“ Antwort auf die faschistischen Diktaturen dar. Der Gängelung des Volkes und Unterdrückung jeder liberalen Freiheit konnte nur mit Aufsehen erregenden, auf die Aufrüttelung und Neuerziehung der Gesellschaft zur Demokratie ausgerichteten Maßnahmen begegnet werden. Es ist kein Zufall, dass beide Parteien stark auf den „humanistischen“ Aspekt des sozialistischen Widerstands verwiesen und darin die Chance erkannten, die Wiederbelebung von Demokratie, sozialem Zusammenleben und liberaler Freiheit zu fördern. Dem Wirrwarr der faschistischen Ideologie musste durch Arbeit „von unten“ standgehalten werden, denn seine einzigen Produkte seien „leere Redensarten und platte Allgemeinheiten“,<sup>18</sup> die nur dazu taugten, die durchproletarisierte Masse der Mittelschicht (vor allem Bauern, Angestellte, Handwerker), die gegen diese durch ökonomische Faktoren eingeleitete Proletarisierung kämpfen, anzusprechen und ihren Hass gegenüber den traditionellen Parteien und demokratischen Strukturen in den Integrationsprozess faschistischer Politik zu kanalisieren.

An die oben skizzierte Analyse der Natur des Faschismus knüpfte bei Rudolf Breitscheid (1874–1944) das Bedürfnis einer gesamten Infragestellung der Tätigkeit und Erörterung der Fehler und der Fehleinschätzungen der SPD während der Weimarer Republik an.

und Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M. 1999, S. 305-339; H. Kaelble, Die interdisziplinären Debatten über Vergleich und Transfer, in: ders./J. Schriewer (Hrsg.), Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2003, S. 469-493; J. Kocka, Comparison and Beyond, in: *History and Theory* 42, 2003, S. 39-44; M. Middell, Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verhältnis, in: *Comparativ* 10, 2000, S. 7-41.

18 R. Breitscheid, Die Überwindung des Faschismus, in: Protokoll des Leipziger Parteitages, 1931, S. 88.

Die Diskussion über die sich profilierende totalitäre Staatsgewalt diente zur Selbstkritik und Revision eigener Missgriffe, wollte jedoch zugleich ein Zeichen an die Arbeiterschaft setzen, die hiermit auf eine neue, sich an der Zukunft orientierende Partei hoffen konnte. Gerade in der „Programmlosigkeit“ der NSDAP, führte Breitscheid weiter aus, sehen viele „sozial Schwache“ die beste Alternative gegen die dahinvegetierende liberal-kapitalistische Welt.

Der Glaube an die Brüchigkeit des Faschismus war eine unabänderliche Komponente der sozialistischen konspirativen Arbeit. Die sofortige Aktion und Vermittlung minimaler Ziele war Bestandteil des Kampfes gegen das Regime und stellte die Weichen für die zukünftige Reorganisation des Staates im sozialistischen Sinne.

Schon in dieser anfänglichen Beteuerung „voluntaristischer“ Merkmale erfolgte das allmähliche Abrücken vom starren Marxismus der Weimarer SPD. Wie viel dieses Abrücken bedeutete, kann daran abgelesen werden, dass die SPD-Spitze vorbehaltlos die offizielle Linie der Partei angriff und daraus ihre Mitschuld am Kollabieren demokratisch-parlamentarischer Instanzen ableitete. Dieses Damokles-Schwert lastete nicht auf dem „Gewissen“ der GL. Ihre Absicht, das sozialdemokratische Lager einer gründlichen Erneuerung zu unterziehen, empfand sie als moralische Pflicht und nahm sie als unabhängige, innerhalb der italienischen antifaschistischen Emigration ideologisch führende Formation wahr.

Unmittelbar vor der „Machtergreifung“ 1933 profilierten sich die Entwicklungslinien einer allgemeinen Faschismustheorie, auf die man später, während des Exils, immer wieder zurückgreifen würde. Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding waren sich im Klaren über die kapitalbedingte Natur der nationalsozialistischen „Gegenrevolution“, prangernten die Zusammenarbeit politischer Spitzen mit den Großindustriellen und Großgrundbesitzern an, negierten aber deren offene, enthusiastische Teilnahme am nationalsozialistischen Ethos. So bedeutete das Zusammengehen von traditionellen Machtzentren und neuer politischer Elite keinen Sieg der Letzteren im ideologischen Sinne. Die konservativen Kräfte in Deutschland „denken zwar nicht faschistisch“,<sup>19</sup> waren aber, aus Not und Bequemlichkeit, auf die Kooperation mit der NSDAP und deren den Status quo erhaltende Herrschaftsform angewiesen.

Rudolf Hilferding führte die Bemerkungen Breitscheids weiter: „Krieg und Inflation“<sup>20</sup> seien die Triebfeder des faschistischen Aufmarsches. Der Krieg und seine Folgen haben die zerstörerische Kraft entfaltet, die das Heer der „Deklassierten“ und der „Unzufriedenen“ sowie der politisch „Unerfahrenen“ (er bezieht sich hier vor allem auf die Jugendlichen) geschaffen hat. Das psychologische Moment deckte sich also hier mit dessen Hintergrund: Diese Deklassierten fühlten sich nicht nur „in ihrer ökonomischen Existenz unsicher, benachteiligt oder zurückgeworfen“, sondern auch „in ihrer sozialen und politischen Geltung beeinträchtigt.“<sup>21</sup> Die absolute Krise habe heftig zugeschlagen und

19 Ebd., S. 93.

20 R. Hilferding, In der Gefahrenzone, in: Gesellschaft, Nr. 10, 1930.

21 Ebd.

keine (Mittel-)Schicht ausgespart: Die Bauern und die Handwerker, die Angestellten sowie die Intellektuellen hatten am jäh erfolgten Verschwinden bewährten und vertrauten demokratischen Bodens schwer zu tragen.

Ihre Rebellion war gegen die Klasse und deren Organisation (Partei, Gewerkschaften) gerichtet, die am besten die Durststrecken des Ersten Weltkrieges überstanden hatte: die Arbeiterschaft. Die konvergierenden Hassgefühle der Mittelschicht gegenüber den Proletariern rechtfertigten aber an sich nicht die Verbreitung der Gedanken Hitlers sowie die Ergreifung und die Verfestigung der Macht durch die Nationalsozialisten. Hilferding bezweifelte die genuine, tiefe ideologische Erfassung der Gesellschaft durch die nationalsozialistische Propaganda. Der „Hitlerismus“ sei für ihn eher zufälliger Katalysator nationalistisch-konservativer Merkmale als ihr unausweichliches Produkt. Diese Formel bildete ein neues Feld für die Konstatierung der relativen und gegenseitigen Unabhängigkeit der NSDAP und ihrer Anhängerschaft. Der Faschismus, so Hilferding, „bedeutet für all diese Schichten etwas Verschiedenes, den Kampf gegen die besonderen Symptome, unter denen sie in der Nachkriegsentwicklung besonders leiden“, was sich in seinem Wirtschaftsprogramm widerspiegeln, das „unzusammenhängend, unklar und widerspruchsvoll“<sup>22</sup> sei.

Es war damit ein Interpretationsmuster gegeben, welches über die verbreitet faszinierend anmutende Kraft der NSDAP hinaus aus der partiell zufälligen Koinzidenz von demokratiefeindlichen Tendenzen der Mittelschicht und restaurierenden Absichten im Großkapital und Großagrariertum bestand. Dieses Bündnis stellte das „ausnahmsweise naturgemäße“ Ineinanderfließen konservatorischer und reaktionärer Ansichten unter der Schirmherrschaft gewaltbereiter politischer Macht dar. Anstelle einer objektiven Betrachtung und Abschätzung des kausalen Zusammenhangs zwischen politischer „Entartung“ und sozialem Umbruch der Nachkriegszeit wurde ohne weiteres auf das innigste, augenscheinlichste Ziel der „neuen“ Mittelschicht aufmerksam gemacht: D. h. mittels eines totalitären Staates die Vernichtung aller sozialdemokratischer Instanzen und die Streichung jeder Errungenschaft der Arbeiterschaft um möglichst breite Spielräume innerhalb der Gesellschaft zu gewinnen.

Die Interdependenz zwischen dem Aufkommen bzw. der Verfestigung faschistischer Grundelemente und der Weltwirtschaftskrise blieb weiterhin undefiniert und nährte zahlreiche, oft stark divergierende Spekulationen über die Form und den Ursprung totalitärer Grundzüge. Es ist jedoch allgemein festzustellen, dass kaum ein sozialdemokratischer Theoretiker bis 1933 die Ansicht vertrat, der Faschismus resultiere vorwiegend aus der schlechten Konjunktur der Jahre 1928 bis 1930. Die Krise habe zwar der Hitler-Bewegung den entscheidenden „Ruck“ gegeben, auf sie könne man aber keineswegs die Urheberchaft des politischen Umbruchs zurückführen.

Alfred Braunthal (1897–1980) sprach von einem „reaktionären Antisozialismus mittelständischer Schichten.“<sup>23</sup> In seinen Ausführungen spielte er darauf an, dass die NSDAP

22 R. Hilferding, Unter der Drohung des Faschismus, in: Gesellschaft, Nr. 1, 1932, S. 9.

23 A. Braunthal, Der Sozialismus der Nationalsozialisten, in: Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie, 1930, S. 421.

in völliger Autonomie handle und ihre Ziele verfolge, ganz abgesehen von großkapitalistischen Beeinflussungen. Das ursprüngliche NSDAP-Programm, welches 1920 veröffentlicht wurde, betrachtete er als den allgemeinen Versuch, die durch die monopolistische Kartellisierung der Wirtschaft ausgelöste Proletarisierung des Mittelstands zu lindern bzw. zu stoppen. Demgemäß ziele der Faschismus darauf ab, die verelendete Mittelschicht mit dem Versprechen aufzufangen, sie vor den totalitären Erscheinungsformen der Großindustrie zu schützen. Er beabsichtige gleichsam die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, ohne das traditionelle proletarische Substrat zu fördern, was aber nicht bedeuten sollte, dass er bei Bedarf auf großkapitalistische Unterstützung zur Erfüllung seiner Wünsche verzichten würde.

In diesem Sinne war die Analyse von Alexander Schiffrin (1901–1951) exemplarisch. Man solle den Faschismus nicht als „fertigen Auswuchs“ der instabilen sozialen bzw. katastrophalen wirtschaftlichen Lage der späten zwanziger Jahre ansehen; das „Verdienst“ der NSDAP sei vielmehr darin zu erkennen, dass ihre Politik meisterhaft die Mittel der Gewalt und der „intensiven“ (terroristischen) Technik zu handhaben und den Hebel der geistigen Massenhysterie und der psychologischen Provokation anzusetzen wusste.<sup>24</sup>

Dem Faschismus irrational-gauklerische<sup>25</sup> Züge zuzuschreiben, barg in sich strategische Absichten: Zum einen die Beschwörung seiner Kraft bzw. seiner Erfassung der Gesellschaft, zum anderen das Bedürfnis, die breite Anhängerschaft der Partei auf eine grenzenlose Widerstandsarbeit vorzubereiten und die Gefahr der „attentistischen“ Haltung zu bannen. Mit anderen Worten diente der Versuch Schiffrins dazu, die Natur des Nationalsozialismus theoretisch so zu erfassen, dass jedwedes Beharren auf dogmatischen Positionen sowie der Fehler, das nationalsozialistische Regime deterministisch zu rechtefertigen, vermieden werden konnten.

Dem Irrationalen, dem „unbegründeten“ Erfolg der NSDAP konnte nur durch erzieherische Bemühungen entgegengewirkt werden. Ähnlich wie bei Breitscheid und Hilferding wird der Nexus zwischen Spätkapitalismus und Faschismus eher als ein indirekter hingestellt. Schiffrin und die anderen Theoretiker der SPD waren zu der Zeit wohl damit beschäftigt, jeden forciert instrumentalen Zusammenhang zwischen politischen Ansätzen und ökonomischen Mechanismen auseinander zu halten. Die Botschaft an die Arbeiterschaft blieb jedoch klar: Die politischen Macht- und die Wirtschaftszentren nutzten sich gegenseitig aus. Daraus ließ sich jedoch kein klares Verhältnis bezüglich des Ursprungs und der Bedingungen dieser Tendenz feststellen. Der Faschismus sei nicht von Natur aus kapitalistisch eingestellt so wie die Großindustriellen nicht nationalsozialistisch dächten. Eins stehe aber fest: Aufgrund der zutiefst „beschädigten“ sozialen Lage und der Einengung und Lähmung der mittelständischen Freiheit, mache sich der Faschismus zum Erzfeind des Proletariats.

24 A. Schiffrin, Parteiprobleme nach den Wahlen, in: Gesellschaft, Nr. 11, 1930.

25 Ebd., Schiffrin spricht von einem „gauklerisch-reaktionären“ System.



Carl Mierendorff (1897–1943)<sup>26</sup> wies dabei auf die hohe Anfälligkeit der kleinbürgerlichen Schicht für die nationalsozialistische Propaganda hin. Die Zerrüttung des Arbeitsmarktes durch den kapitalistischen Konzentrationsprozess bedrohe die Mittelschicht mit chronischer Arbeitslosigkeit und dränge sie allmählich in Armut und Bedeutungslosigkeit. Das Hitler-Regime offerierte allen vom „sozialen Abstieg“ bedrohten Klassen, ihre Rolle innerhalb der Gesellschaft aufrecht zu erhalten und sich gegen die schon seit je als verdächtig und feindselig empfundene Arbeiterschaft zu behaupten. Mierendorff hob also den antirevolutionären Charakter mittelständischer Denkweise, ihren „geistigen“ Stumpfsinn bzw. deren Minderwertigkeitskomplex hervor und bezeichnete die Koinzidenz all dieser Faktoren als Ursache antidemokratischer, antiparlamentarischer Gefühle, die zum Anwachsen und zur Verbreitung des nationalsozialistischen Ethos beigetragen hätten.

Der Antifaschismus der GL erwuchs zunächst aus der Analyse des gescheiterten liberalen „Versuchs“ des 20. Jahrhunderts, wobei der Faschismus als dessen Erbe betrachtet wurde. Die Anprangerung der Fehler und der Missverständnisse im sozialdemokratischen Lager stellte einen der Hauptpfeiler der Partei-Theorie dar; die Bezugnahme auf die Grundwerte des italienischen *Risorgimento* diene sowohl der Konzipierung eines neuen politischen Lebens als auch der starken Abgrenzung von der Geschichte jener Parteien, die sich nach dem Ersten Weltkrieg nicht gegen den aufkeimenden „Mussolinismus“ zu wehren wussten.

Die Kritik der liberalen Regierungen deckte sich also mit der Ausarbeitung einer gesamten Faschismusdeutung. Die GL war eine Partei des Antifaschismus, ihr Programm sah in der illegalen Widerstandsarbeit seine höchste Aufgabe vor. Insofern war sie frei von jedweder „historischen“ Bindung und von jeglicher Verpflichtung ihrer Anhängerschaft gegenüber und konnte somit als revolutionäre Kraft mit dem Ziel antreten, dem Faschismus, der „die Fragen des Friedens durch die Methoden des Krieges zu lösen“<sup>27</sup> suchte, zu begegnen.

Der Erste Weltkrieg hatte eine ganze Reihe von sozialen und psychologischen Faktoren heraufbeschworen, deren Breite und Bedeutung kaum eine traditionelle, demokratische Partei in Italien hätte beikommen können. Der Eifer und der Enthusiasmus der „Demokratischgesinnten“, die im Krieg die Überwindung des hoch korrumpierten liberalen Staates vom Anfang des 20. Jahrhunderts bzw. die Möglichkeit der Rückeroberung italienischen Bodens (*Interventisten*) gesehen hatten, täuschten viele, insbesondere diejenigen, die sich nach einem stärkeren Staat sehnten, über die reale Zielsetzung faschistischer Gewaltanwendung hinweg und machten sie anfälliger für die Propaganda der *Fasci*.

Dieses „revolutionäre Ferment“<sup>28</sup> der Nachkriegszeit, so die GL-Beobachter, bezwecke paradoxerweise eine Art Immobilismus, der durch die hetzerische Aktivität der faschistischen *Squadre* hervorgerufen und kompensiert wurde. Die Zeit des „*Aventins*“ war sein

26 C. Mierendorff, Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Gesellschaft, Nr. 6, 1930.

27 E. Nolte, Die faschistischen Bewegungen, Bd. IV, München 1966, S. 64.

28 So der Biograf von Carlo Rosselli, A. Garosci, Vita (Anm. 8), S. 25.

auffälligster Ausdruck. Die meisten Intellektuellen und nicht-faschistischen Politiker der Zeit waren dem Umbruch, den der Faschismus eingeläutet hatte, nicht gewachsen. Das Regime Mussolinis ließ erst nach dem Mord an Giacomo Matteotti im Juni 1924 eine außerparlamentarische Opposition zu, deren Tätigkeit jedoch zur Zersetzung demokratischer Allianzen, der Fragmentierung ihres Zusammenhalts und der Verschärfung des totalitären Charakters des Staates führte.<sup>29</sup>

Gaetano Salvemini, Historiker und Politiker, der die Leute um die GL und insbesondere Carlo Rosselli stark beeinflusste, räumte ein, dass der Faschismus in der Natur des alten Italiens eingebettet sei und als logische Konsequenz des korrumpierten liberalen Staates Giovanni Giolittis in Erscheinung trete.<sup>30</sup> Ob die Erziehung zur politischen Kultur und Selbstständigkeit allein ein geeignetes Mittel zur Vorbeugung und zum Kampf gegen den Faschismus war, soll hier nicht erörtert werden. Es war jedoch bezeichnend für eine ganze Generation von Intellektuellen und sozialdemokratischen Politikern, dass sie lange nach dem Marsch auf Rom dem liberalen Ideal der schrittweise erfolgenden Erziehung der Massen nachgingen und weiterhin auf die disziplinierende bzw. politische Wirkung von Zeitschriften und Zeitungen vertrauten, selbst nachdem jegliche liberale Freiheit abgeschafft worden war.

Der Beitrag von Piero Gobetti (1901–1926) zur Analyse der italienischen Gesellschaft und zum bedrohlichen Anwachsen der Partei Mussolinis wurde zum Bezugspunkt für die spätere Entwicklung der GL. Anfang 1922 gründete er eine neue antifaschistische, liberal-gesinnte Zeitschrift, „La rivoluzione liberale“. Ihr Ziel war es, eine Revision der gesamten politischen Erfahrungen seit dem *Risorgimento* bis zur Gegenwart im Dienste des Kampfes gegen die Diktatur vorzunehmen. Anders als Salvemini, der insbesondere die liberalen Regierungen („i governi della malavita“)<sup>31</sup> für die katastrophale Lage in Italien für verantwortlich erklärte, verwies Gobetti auf eine allgemeine Mitschuld und ein Manko an Erneuerungsstreben. Dies lähme vor allem jene politischen Kräfte, z. B. die Linken, bei denen der Faschismus auf äußerste Kritik stieß und die dennoch kaum eine handlungsfähige Opposition auf die Beine zu stellen in der Lage waren. Das allmähliche Verelenden demokratischer Tendenzen im Sog des Faschismus sei insofern kein erstaunliches Geschehen, sondern im Gegenteil „die Autobiographie der Nation.“<sup>32</sup>

Die Kritik an der PSI von Anfang des 20. Jahrhunderts war ein immer wiederkehrendes Element in seinen sowie in Carlo Rossellis Ausführungen und bildete ein neues Feld für eine umfassende Debatte nicht nur über Ziele und Methoden des Sozialismus, sondern auch über die Partei, deren Struktur und die von ihr auszuübenden Funktionen. Die

29 Mussolini sprach nach dem Scheitern des „Aventins“ von einem „napoleonischen Jahr“ (1924–26), in dem fast jede politische Opposition ausgeschaltet und das Parlament aufgelöst wurde. Vgl. P. Lombardi, *Per le patrie libertà: la diffidenza fascista tra „mussolinismo“ e Aventino (1923–1925)*, Mailand 1990.

30 Gaetano Salvemini hatte in seiner Tätigkeit als Publizist und Herausgeber schon in der Zeit zwischen 1911–20 mit seiner Zeitschrift „L'Unità“ für eine sozial-demokratische Neuorganisation des Staates plädiert. Vgl. G. Quagliariello, Gaetano Salvemini (Anm. 10), S. 78f.

31 Übers.: „die kriminellen Regierungen“.

32 P. Gobetti, *Elogio della ghigliottina*, in: *La Rivoluzione liberale*, 23.11.1922, S. 7.

erstarnte Doktrin der PSI, die sich nicht über die allgemeine Ausarbeitung von Losungen und die Propagierung bürgerlicher Tendenzen hinaus zu entwickeln schien, verband er mit ihrer fehlender Autonomie und Unfähigkeit, sich vom rigiden Dogmatismus und dem daraus resultierenden Zentralismus ihrer Struktur loszusagen. Ähnlicher Meinung war Gobetti. Er war kein Sozialist im traditionellen Sinne, verstand sich eher als „liberaler Revolutionär“, der die Arbeiterschaft und das Bauerntum als alleinige Träger demokratischer und liberaler Denkweisen ansah. Das System der Selbsthilfeorganisationen und der starken Dezentralisierung der Gewalten, ganz nach den liberal-sozialistischen Vorstellungen der Zeit, begrüßte er als Basis für die Neugeburt der italienischen Gesellschaft. Doch als die Fesseln des Regimes nach dem Scheitern der Aventin-Front enger wurden, meinte er nur in der Einheitsfront der Arbeiterbewegung eine Lösung gegen den Faschismus zu erblicken: Der intellektuelle Liberalismus von Anfang der „La rivoluzione liberale“ wich allmählich dem Drang nach Aktion und Miteinbeziehung aller der Arbeiterschaft nahe stehenden Kräfte. Der Einfluss Gobettis auf die GL war daher sowohl für deren politische Ausrichtung im Exil als für die Erarbeitung der Zukunftsvisionen enorm.

Carlo Rosselli und Pietro Nenni, einer der PSI-Anführer, die zusammen die Zeitschrift „*Il Quarto Stato*“<sup>33</sup> herausgaben, waren der Ansicht, der Faschismus sei nicht mit den Mitteln traditioneller Parteien zu bekämpfen. Sie betonten die Notwendigkeit einer Einheitsfront, welche Arbeiter, Bauern und Mittelstand umfassen sollte, wobei die Arbeiterschaft allein wegen ihrer historisch emanzipatorischen Kraft die führende Rolle innehaben würde.

Der Faschismus war ihrer Auffassung nach Ausdruck einer radikalen Entartung des Bürgertums, welches, eingekesselt zwischen Arbeiterschaft und Großunternehmertum, sich für das anscheinend geringste Übel entschieden hatte, nämlich für die Staatsform, die ihre Interessen am besten vertreten könnte. Die ewige Antithese der modernen Welt, Bürgertum und Arbeiterschaft, oder bürgerliche und sozialistische Gesellschaft, könne also, so die beiden, nur im Namen einer sozialistischen Bewegung überbrückt werden: Die Arbeiterschaft diene dem historischen Ziel, in der Demokratie die Wiederaufwertung ihres Status und durch ihre eigenen sozialen Charakteristika die einzig mögliche Garantie für Gerechtigkeit und Autonomie zu gewährleisten. Bezeichnend war in ihren Artikeln die Wahl des Wortes „Bewegung“ anstelle von „Partei“: Die Einbeziehung der Massen in einen demokratisierenden Prozess lasse sich am besten durch eine umfassende Anwendung demokratischer, antisektiererischer Formeln verwirklichen. Nur so ließen sich jene revolutionären Kräfte mobilisieren, die unentbehrlich für den Kampf gegen die Diktatur und darüber hinaus für die Errichtung eines soliden, demokratischen Staates seien.

33 Die Zeitschrift „*Il Quarto Stato*“ erschien ab März 1926 bis November 1926 mit insgesamt dreißig Nummern. Vgl. L. Rocca, *L'attualità del socialismo liberale di Carlo Rosselli*, Manduria 2006, S. 103-121.

Silvio Trentin,<sup>34</sup> Exponent des linken Flügels der GL und führende Figur der marxistischen Seite der Formation, wies genauso auf die Notwendigkeit einer Vorrangstellung der Arbeiterschaft im Kampf gegen das Regime hin. Er bezeichnete das Aufkommen der „mussolinischen“ Bewegung als das Erstarken reaktionärer Tendenzen, wobei das „politische Gewissen“, in Italien seit der Zeit der katastrophalen liberalen Regierungen unterentwickelt oder nahezu abwesend, jetzt durch proklamatorische Fertigslogans ersetzt und der Masse als Beruhigungsmittel verabreicht werde. Auch hier tauchte die Ansicht von der faschistischen Gewalt und ihrer Faszination als Fortsetzung oder Verlagerung des Politischen auf eine andere, bislang noch nie angesprochene „sentimentale“ Ebene auf. Nur die Arbeiterschaft, so Trentin, besitze die Kraft und den Willen, sich der faschistischen Barbarei zu widersetzen.

Doch ihm lag jeglicher strategischer Schulterschluss mit bürgerlichen Kräften fern: Seiner Ansicht nach war es Aufgabe allein der Arbeiterschaft, sich als Speerspitze des Widerstands zu profilieren und in Form einer breiten Einheitsfront (jedoch innerhalb der Grenzen des Proletariats) als wichtigster Kontrahent des Faschismus anzutreten.

Es kommt nicht von ungefähr, dass bei den Faschismusinterpretationen der Sopade das ökonomische Moment stärker in Erscheinung trat als bei der GL. Das war eher das Resultat perspektivischer Differenzen, welche mit der unterschiedlichen industriellen Tradition und dem Entwicklungsgrad der jeweiligen Länder, deren historischen sowie politischen Rahmenbedingungen zusammenhingen.

Rosselli wies in seiner für die GL grundlegend gewordenen Abhandlung „Socialismo liberale“<sup>35</sup> darauf hin, dass die PSI die Schuld für das Anwachsen des Faschismus in Italien fast allein trage. Verknöchert und gelähmt in ihrer dogmatischen „Erwartung“ der Geschichte habe sie die Gefahr Mussolini völlig ignoriert oder unvorbereitet wahrgenommen. Rosselli prangerte die absolute Abwesenheit von Aktivismus der sozialistischen Partei an und weitete die Anklage auf die ganze italienische Gesellschaft aus.<sup>36</sup>

Ohne Aktion könne man dem Faschismus keineswegs ein Ende bereiten. Hier verdichtete sich ein Thema, welches die theoretische Entwicklung der GL bestimmen sollte. Diese verstand sich als liberal-sozialistische Partei, ihr Ziel war aber die Errichtung der proletarischen Gesellschaft. Die GL war nicht marxistisch im dogmatischen Sinne des Wortes, versuchte jedoch, die liberalen Aspekte der Lehre von Marx herauszuarbeiten und an die Arbeiterschaft weiterzugeben.

Jede theoretische Anstrengung bei ihr, insbesondere in Hinsicht auf die Analyse und die Bekämpfung des Faschismus, war „konstitutiv“, d. h. sie verwies auf die Überwindung der gegenwärtigen Lage und auf die Errichtung einer neuen gesellschaftlichen Struktur. Die Aufforderung, zu den Grundsätzen des liberalen Marxismus zurückzukehren, deckte

34 Silvio Trentin (1885–1944), Juraprofessor, war Sohn wohlhabender Großgrundbesitzer. Obwohl er nie in Paris residierte, nahm er beachtlichen Einfluss auf die Politik der GL. 1935 aufgrund ideologischer Meinungsverschiedenheiten kurzzeitig aus der Partei ausgetreten, sollte er nach dem Tod Rossellis 1937 zu einer der Hauptpersönlichkeiten der Formation werden.

35 C. Rosselli, *Socialismo liberale*, Rom 1945, S. 61.

36 Die Italiener seien „moralmente pigri“: übers.: „moralisch faul.“ Ebd., S. 109.

sich also mit der antifaschistischen Politik der Gruppe: Nur in der Wiederentdeckung eines genuinen „Voluntarismus“ (Pragmatismus) sei die Wiedergeburt einer sozialistischen Bewegung aus der Asche der Diktatur möglich.<sup>37</sup>

Der Drang nach unmittelbarer Aktion inspirierte die Aktivität der zukünftigen GL-Mitglieder und wurde teilweise auch dadurch ermöglicht, dass die GL *de facto* noch nicht existierte. Diese Einstellung war in der SPD in weit geringerem Maße vorhanden. Dafür sind zumindest zwei Gründe verantwortlich: Zum einen die Tatsache, dass zu der Zeit, als die SPD-Mitglieder sich zum ersten Mal mit der nationalsozialistischen Gefahr auseinandersetzten, die Republik noch am Leben war, zum anderen, dass die SPD bis 1933 und damit bis zu ihrem Verbot im Juni jenen Jahres allem Anschein nach nicht mit einer solchen Verschärfung totalitärer Maßnahmen binnen so kurzer Zeit gerechnet hatte.

Aber die Begründung hat auch eine theoretische Dimension. Wie oben schon dargestellt, schrieben die meisten SPD-Theoretiker der nationalsozialistischen Bewegung politische Selbstständigkeit zu. Dies ging teilweise darauf zurück, dass der nationalsozialistische Erfolg erst unzureichend analysiert worden war. Die forcierte Akzentuierung des Zusammenhanges zwischen politischem und ökonomischem Moment, d.h. der Hinweis auf das Zusammenspiel reaktionärer Instanzen im Großunternehmertum und Politik, klammerte den Aspekt der „gewaltigen“ Anziehungskraft der NSDAP völlig aus und negierte deren sozialpsychologische Kraft. Dies resultierte wohl zum einen aus einem Mangel an empirischen Daten, durch welche man das Ausmaß und die Beschaffenheit der Bedrohung durch die NSDAP hätte genau erfassen können, zum anderen aus der Hoffnung, das nazistische Regime um das Jahr 1930 noch mit parlamentarischen Mitteln verhindern und dadurch der SPD zu neuem Leben verhelfen zu können.

In beiden Parteien wurde jedoch auf die parasitäre Entwicklung des Faschismus hingewiesen. Es traten in den darauf angelegten Analysen jedoch deutliche Unterschiede zutage, die bezeichnend für die Haltung beider Formationen in den Jahren der Illegalität sein würden. In der SPD wurde wiederholt und in erster Linie<sup>38</sup> die destabilisierende Kraft der „Kapitalkonzentration“ und ihrer Folgen in der breiten Masse betont. Der Wechsel des Mittelstands zum Faschismus wurde zunächst als Konsequenz materieller Not betrachtet, was aber wenig über die Bedingungen dieser massiven politischen Veränderung zu sagen vermochte.<sup>39</sup> Hier zeichnete sich ein auffälliger Widerspruch zur Mittelstandstheorie der Sopade ab: Zum einen wurde der Mittelstand quasi als „Initiator“ der faschistischen Bewegung bezeichnet, zum anderen ihm eine erstaunliche politische Hilfslosigkeit in der Zeit der Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre attestiert.

Die Leute um die GL hingegen verneinten die Selbstständigkeit des italienischen Mittelstands und stellten den Faschismus als das passive Resultat der Zentralisierung der Gewalt und der Knebelung der Bourgeoisie dar – Entwicklungen, die schon vor dem

37 C. Rosselli, Un nuovo movimento italiano, Archiv der GL, Florenz, Sektion III, Faszikel I, Dok. 8 (ohne Datum).

38 Vgl. R. Hilferding, Gefahrenzone (Anm. 20).

39 Die konjunkturellen Schwierigkeiten bewirkten nicht immer und unbedingt eine Hinwendung des Mittelstands zum Faschismus. Vgl. A. Schweitzer, Die Nazifizierung des Mittelstandes, Stuttgart 1970.

Machtantritt Mussolinis im Gange waren. Der technokratische Aspekt der Regierungen vor Mussolini und seine Akzentuierung nach 1922 habe eine breite Schicht industrieller Bürokratie ins Leben gerufen, deren Bindung an die untergeordneten Klassen und an die Arbeiterschaft nur instrumenteller Natur sei. Die Frage des Mittelstands in Italien wurde faktisch von einem ganz anderen Blickwinkel angegangen. Der Faschismus sei, so die GL-Theoretiker, „die Autobiographie der Nation“, ein fast naturgemäßer Auswuchs. Das außerordentlich starke Ineinandergreifen der Exekutive und der Finanzwelt, ohne die Förderung des Bildungssystems und der materiellen Besserstellung der Gesellschaft, habe den Nährboden für die passive Haltung Mussolini und seinen *Squadre* gegenüber vorbereitet sowie das Proletariat weiterhin an Mitwirkungsmöglichkeiten gehindert und im Allgemeinen verunsichert.<sup>40</sup>

Die Appelle zur Einheit der Arbeiterklasse, die beide Parteien mit großem Nachdruck bis zum Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges an ihre Anhängerschaft richteten, ließen die Tendenz erkennen, dass sie zwar der Vorstellung einer effektiven Front mit Wohlwollen gegenüberstanden, jedoch keineswegs bereit waren, ihre eigenen Zielstellungen denjenigen der kommunistischen Exilgruppen unterzuordnen.<sup>41</sup> Dies war ein eindeutiges Zeichen dafür, dass sowohl der Prager Vorstand als auch die Pariser Leitung der GL die Wirksamkeit einer „spontanen“ Mobilisierung nicht nur unterschätzten, sondern ihr keinerlei politisch relevante Bedeutung beizumessen schienen.

Die Geschichte beider Organisationen bis zum Spanischen Bürgerkrieg hatte sich dadurch ausgezeichnet, dass all ihre Anstrengungen und ihre politischen Entscheidungen dem Gemeinwohl der arbeitenden Klasse galten. Sie zielten auf eine kompromisslose Berücksichtigung der ethischen Aufgabe des Sozialismus ab, nämlich das Streben nach Freiheit. So fielen beide Parteien einer übertriebenen Idealisierung anheim, bei der oft die praktische Ausübung von Widerstand ignoriert wurde. Doch die rapiden Umwälzungen auf der internationalen Ebene bewirkten auch jene symbiotische Annäherung, welche die Gruppen in einer fast entgegengesetzten Richtung und bis zum Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges erlebte. Sie fand im Verhältnis zwischen Liberalismus und Sozialismus ihren Nährboden. Die GL, in der Zahl ihrer Anhänger stark geschrumpft und immer geschlossener um ihren Anführer, Carlo Rosselli, stehend, vervollkommnete mit der Teilnahme am spanischen Konflikt jene partielle Rückwendung zum „demokratischen“ Marxismus, welche seit 1934, d.h. seit dem Ende der *Concentrazione antifascista*, eingesetzt hatte. Die Sopade gab nach ihrem „scheinrevolutionären“ Auftakt ihr Bekenntnis zum liberalen Sozialismus kund, welches im Manifest von 1936 und später in den Wiederaufbauprogrammen konkretisiert wurde.

Die oppositionelle Strategie der Sopade und der GL stützte sich unverkennbar auf schon bewährte Schemata, die sie teilweise aus den zwanziger Jahren übernommen hatten.

40 Quaderni di Giustizia e Libertà, N. 3, Juni 1932, S. 9.

41 Vgl. B. Hebel-Kunze, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932–1935, Frankfurt a. M. 1977; W. Saggau, Faschismustheorien und antifaschistische Strategien in der SPD. Theoretische Einschätzungen des deutschen Faschismus und Widerstandskonzeptionen in der Endphase der Weimarer Republik und in der Emigration, Köln 1981, S. 50-81.

Diese wurden jedoch regelmäßig an die aktuellen Herausforderungen angeglichen, die sowohl aus internen Disputen als auch aus externen Störfaktoren hervorgingen. In der frühen Phase der Illegalität überwog insbesondere die Frage, ob die sozialdemokratische Wählerschaft ungeachtet der traditionellen „attentistischen“ Politik ihrer Anführer bereit war, mit den Kommunisten einen Kompromiss zu schließen und einen gemeinsamen Kampf auszufechten. Aus dieser während des gesamten Exils fortwährenden Diskussion gingen etappenweise die bedeutendsten Grundelemente hervor, welche die Geschichte der Parteien in den dreißiger Jahren kennzeichneten: der revolutionäre Ausbruch; die Abstellung der Propaganda auf erzieherische Projekte; der (gescheiterte) Versuch eines Zusammengehens mit den anderen sozialistischen Gruppierungen zur Bildung einer Einheitsfront; die Aneignung gemäßiger, liberal-sozialistischer Ansichten; und der „unsichere“, jedoch theoretisch inspirierende und dynamisierende Umgang mit dem Spanischen Bürgerkrieg. In jeder dieser Etappen entflammten tief greifende Debatten, in denen gleichzeitig die Kompaktheit und die Brüchigkeit beider Organisationen ans Licht traten, und zwar insbesondere bei der Behandlung von Kernthemen wie der Faschismusdeutung, der Rolle der Eliten und des Mittelstands, des Föderalismus und der Neustrukturierung der Gesellschaft nach ihrer Befreiung vom Faschismus.<sup>42</sup>

Eine Verlagerung der traditionell auf parlamentarischem Boden durchgeführten Tätigkeit auf die antifaschistische, konspirative Propaganda musste Hand in Hand mit einem strikt durchorganisierten Gebrauch der illegalen Mittel sowie mit langfristig ausgerichteten Versuchen zur Erfassung der breiten Gesellschaft gehen. Das bedeutete vor allem eine Revision und Umstellung des theoretischen Gedankenguts auf Rekrutierungsmaßnahmen und die Realisierung minimaler Zielsetzungen unter Beibehaltung einer proletarisch orientierten, auf die Zukunft weisenden und Freiheit versprechenden Stoßrichtung. Die Sopade und die GL bemühten sich vorrangig, im Rahmen ihrer antifaschistischen Aktivität eine Basis zu schaffen, die nach dem Sturz der Diktaturen und der Wiedereinführung der zivilen Rechte sowohl der Neuentstehung einer nationalen Identität als auch der Propagierung und Gestaltung eines gesamteuropäischen Konzeptes gerecht werden sollte. Der Übergang von zentralistischen zu föderalistischen Konzepten ging sowohl auf die theoretische Entwicklung der Exilzeit als auch auf die Erfahrung des bewaffneten Konfliktes zurück, welche die Unangemessenheit des parlamentarischen Ringens in der Vorkriegszeit und der konstitutionellen Monarchie als Statthalter und Garanten demokratischer Werte endgültig aufgedeckt hatten.

Die Führungen der Sopade und der GL brachten ihre Verurteilung jener „katechistischen“ Version des Marxismus offiziell, und zwar in Verbindung mit der antifaschistischen Propaganda, welche ihre Hauptaktivität im Exil darstellte, zum Ausdruck. Die Vorstellungen eines neuen Sozialismus hatten insofern einen Bezug zur Realität, als sie daran anknüpften, dass die faschistische Machteroberung ein Zeichen für das Scheitern des Parlamentarismus sowie der bürgerlichen Ausrichtung der sozialdemokratischen

42 Dazu ausführlich F. Di Palma, *Liberaler Sozialismus* (Anm. 1), S. 219-283.

Parteien Europas gewesen war. Demnach ging der Kampf um die Wiederherstellung demokratischer Kräfte in der „versklavten“ Heimat mit der Suche nach übergeordneten Werten, wie Freiheit und Gerechtigkeit, einher.

So stellte der Faschismus den Ansatzpunkt für die umfassende Revision früherer Positionen dar. Die darauf folgende Unterbindung der Freiheit und das Verbot aller demokratischen Parteien sei nur Resultat der Passivität und der kurzsichtigen Konformität vorhergegangener Parteileitungen gewesen, welche die Idee des „Klassenkampfes“ der Absicherung materieller Konzessionen an die Arbeiterschaft geopfert hätten. Rosselli konnte somit Italien spöttisch das Land nennen, wo „nichts mehr passierte“,<sup>43</sup> d.h. wo Mussolini sich der Schwäche und der politischen Unreife der Nation bzw. ihrer Führungskreise hatte frei bedienen können. Dem ähnelten die Kommentare vieler Mitglieder der Sopade, z.B. Breitscheids oder Schiffrins, welche in den frühen Jahren des Exils wiederholt auf die verfehlte Auseinandersetzung der Weimarer SPD mit der sich offensichtlich vollziehenden „Gärung im Proletariat, die soziale Krise des Mittelstands“ sowie mit den „Änderungen in der Aufnahmefähigkeit und Reaktionsart der Massen“<sup>44</sup> verwiesen.

Die Appelle zur künftigen Dezentralisierung der Gewalt und zu einer pragmatischen Handhabung der sozialistischen Lehren fanden ihre konkrete Umsetzung in der Revision der überkommenen Ideologie unter dem vielschichtigen Einfluss des liberalen Labour-Sozialismus. Darauf nahmen außerdem die avantgardistischen Lehren aus Frankreich und Belgien aus den frühen dreißiger Jahren einen kaum zu überschätzenden Einfluss, wie die umfangreiche Reflexion über ihre Grundsätze in den Presseorganen beider Formationen belegte. Die „Sozialistische Aktion“, die „Zeitschrift für Sozialismus“ und die Wochenschrift „Giustizia e Libertá“ gingen intensiv auf die vermutlich viel versprechenden Theorien unter anderem von Henri de Man oder Marcel Déat ein, deren Erörterung Aufschlüsse zur Einheitsfront und zur Organisation der Wirtschaft nach dem Kriege erbrachte.<sup>45</sup>

So verstand man die umfassende Umgestaltung der Gesellschaft meistens als Umstellung zunächst im sozialistischen Lager. Angesichts der Tatsache, dass die nationalsozialistische Diktatur kaum noch Raum zur politischen Freiheit und zur Zusammenarbeit mit den restlichen demokratischen Formationen zuließ, hieß es, sich über die tradierten Positionen hinauszuentwickeln, um einen neuen Sozialismus darzubieten. Dies bedeutete vorherrschend, über die Tradition hinausgehend die entschlossene Ablehnung des reformistischen Weges zu formulieren und umzusetzen.

„Der Faschismus hat mit eiserner Hand sämtliche Voraussetzungen für eine reformistische Arbeiterbewegung weggefegt. Jene historische Etappe ist vorbei.“<sup>46</sup> Schiffrin warnte vor einem Rückfall in die bürgerliche Politik der Weimarer SPD und stellte die

43 C. Casucci (Hrsg.), *Opere scelte di Carlo Rosselli. Scritti dell'esilio*, (Bd. 1), S. 72, Turin 1989. Dazu grundsätzlich P. Dogliani, *Il fascismo degli Italiani*, Turin 2008.

44 A. Schiffrin, *Partei-probleme*, in: *Vorwärts*, 7.3.1930, S. 18 f.

45 Dazu F. Di Palma, *Liberaler Sozialismus* (Anm. 1), S. 294-330.

46 A. Schiffrin, *Revolutionäre Sozialdemokratie*, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, Nr. 3, Dezember 1933.



Bedingungen heraus, welche die zukünftige Arbeit der Sopade bestimmen sollten: „Die Sozialdemokratie kann nur als revolutionäre Partei auferstehen, revolutionär in den Methoden und in den Zielsetzungen.“<sup>47</sup>

Doch was bedeutete das in der Praxis? Was stellten Schiffrin und seine Kollegen für die Widerstandsarbeit in Aussicht? „Die deutsche Arbeiterklasse“, argumentierte Schiffrin weiter, „umfasst die Hälfte der Nation, sie ist das größte proletarische Massiv Europas und der Welt“. Dem fügte er hinzu, dass trotz ihrer Kapitulation vor dem Faschismus, die allein durch reformistische Methoden unmöglich abzuwenden gewesen wäre, „bedeutet der Tod des Reformismus nicht das Ende der Sozialdemokratie.“<sup>48</sup> Die Sozialdemokratie, so Schiffrin, sei älter als die reformistische Praxis und „die Voraussetzung der Kontinuität der Sozialdemokratie ist der Bruch, der bewusste, offene und rücksichtslose Bruch mit eigener Vergangenheit und der alten Form der Organisation.“<sup>49</sup>

Eine Reihe grundlegender Aufschlüsse waren in dem skizzierten Beitrag Schiffrins in den Vordergrund geraten. Zunächst die Idee des ideologischen Bruchs als notwendige Etappe zur Aufrechterhaltung der Tradition: Kontinuität als politische „Erinnerung“, aber keinerlei dogmatische Erstarrung, ferner die Einsicht in die Stärke der Arbeiterbewegung sowie der werkstätigen „Masse“ (d. h. der an sie sozial angrenzenden Schichten) und in die notwendige Restrukturierung der Partei und ihrer Bindeglieder zur Basis.

In Anknüpfung an die gängigen technisch-organisatorischen Devisen, derer sich die Sopade in der Anfangsphase der Exilzeit reichlich bediente, baute der Vorstand auf der marxistisch-revolutionären Lehre auf, um den Grundgedanken der Einheit im Arbeiterlager zu beteuern und seine perspektivische Stoßrichtung zu umreißen. Je größer die faschistische Bedrohung, „umso entschiedener muss die Umstellung der sozialdemokratischen Kader durchgeführt werden, desto stärker soll die Anziehungskraft der sozialistische Idee wirken.“<sup>50</sup> Welche Form des Sozialismus zu bevorzugen sei, erklärten die Sopade-Mitglieder damit, dass die neue SPD nicht „die national-liberale Partei des Weimarer Staates“ sein solle, sondern vielmehr die Partei des demokratischen Sozialismus. Denn „demokratisch“ stehe nicht im Gegensatz zum revolutionären marxistischen Sozialismus, es sei vielmehr sogar sein Bestandteil.

Die faschistische Diktatur in Deutschland sei nicht ausschließlich ein deutsches „Resultat“, sondern ein „Produkt“ des Kontinents, den sie gespalten und gesprengt habe. Auf deutschem Boden erklimme die europäische Tragödie des ideologischen Egoismus und seines gewaltsamen Sieges über dem Humanismus ihren Gipfel. Die Lösung dagegen liege in den Händen der Massen und in denen des gesamten europäischen Volkes: „Der demokratische Sozialismus hat als bewegende Kraft der antifaschistischen Revolution für

47 Ebd.

48 Ebd.

49 Ebd. Dazu vergleichend, unter anderen R. Hilferding, Die Zeit und die Aufgabe, in: Zeitschrift für Sozialismus, Nr. 1, Oktober 1933; F. Stampfer, Beitrag zur Selbstkritik, in: Kampf, August 1933; K. Böchel, Das Prager Manifest, in: Zeitschrift für Sozialismus, Nr. 6, 1934; R. Breitscheid, The collapse of the Social Democrats, in: The new Statesman and Nation, 24.6.1933.

50 A. Schiffrin, Sozialdemokratie (Anm. 46).

Deutschland zwei politische Aufgaben zu erfüllen: das Bündnis des Proletariats mit der Mittelklasse zu ermöglichen und Deutschland nach Europa zurückzuführen.“<sup>51</sup> Daran schloss sich ideell Carlo Rosselli an, der provokativ zu bedenken gab, dass nur der entschlossene Wille des Volkes, sei es durch heftigsten Widerstand oder notfalls durch einen Bürgerkrieg, den Faschismus zum Sturz bringen könne. Der „Krieg“ gegen den Faschismus erfasse alle Sphären des Lebens und erfordere extreme Tapferkeit und Glauben an die liberal-sozialistische Lehre.<sup>52</sup>

Dies sei die zugrunde liegende Bedeutung des gesamten sozialdemokratischen Antifaschismus: sein Bestreben nach Einheit in der Arbeiterschaft, die Suche nach einem Zusammenschluss mit den benachbarten sozialen Kreisen und nicht zuletzt das Heranwachsen in eine europäische, föderale Dimension. Die gewünschte Rückkehr zum „genuinen“ revolutionären Marxismus bedeutete in diesem Rahmen keineswegs die Aneignung eines privilegierten theoretischen Schemas für die Arbeiterschaft, d.h. die Verschärfung einer Klassenkampfstrategie. Im Gegensatz dazu stellten die Parteitheoretiker einen moralischen Anspruch an die werktätigen Massen, von denen sie sich revolutionäre Kampfbereitschaft im Namen der europäischen Zivilisation versprachen, die unter der Knute des kontinentalen Faschismus unterzugehen drohte.

Der vorliegende Essay versteht sich als Beitrag zur Widerstands- und Faschismusforschung, über die in den letzten Jahren eine intensive methodologisch-theoretische Diskussion geführt worden ist. Die lebhafte Kontroverse um den Begriff „Faschismus“,<sup>53</sup> der für den hiesigen Zweck jedoch nur von marginaler Bedeutung ist, markiert nur einen ihrer Höhepunkte. Im Anschluss an diese Debatten wäre noch zu prüfen, ob die transnationalen Beziehungen unter europäischen Widerstandsorganisationen über wechselseitige Wahrnehmungen hinaus signifikante Transfers einschlossen oder sogar als Verflechtungsverhältnis zu verstehen sind und damit als *entangled history* geschrieben werden können, was in der einschlägigen Historiographie nach wie vor eine Lücke darstellt.<sup>54</sup>

51 Ebd.

52 C. Rosselli, *La Guerra che torna*, in: *Quaderni di Giustizia e Libertà*, November 1933. Dazu vergleichend unter anderen, U. Calosso, *Antiroma*, in: *Giustizia e Libertà*, 25.5.1934; N. Chiaromonte, *Tentativo di parlar chiaro*, in: *Quaderni di Giustizia e Libertà*, Juni 1933.

53 Grundlegend zum Faschismus, unter anderen: E. Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche: action française, italienischer Faschismus, Nationalsozialismus*, (5. Aufl.) München 2000; C. Iordachi (Hrsg.), *Comparative fascist studies: new perspectives*, London 2010; W. Wippermann, *Faschismus: Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute*, Darmstadt 2009; B. Mantelli, *Kurze Geschichte des italienischen Faschismus*, Berlin 2008; P. Dogliani, *Fascismo* (Anm. 43); W. Schieder, *Faschistische Diktaturen: Studien zu Italien und Deutschland*, Göttingen 2008; L. Klinkhammer (Hrsg.), *Dittature, opposizioni, resistenza: Italia fascista, Germania nazionalsocialista, Spagna franchista*, Mailand 2005; R. Griffin/W. Loh/A. Umland (Hrsg.), *Fascism past and present, West and East*, Stuttgart 2006; A. Bauerkämper, *Der Faschismus in Europa*, Stuttgart 2006. Weiter führend zur Totalitarismusforschung, unter anderen: R. Löwenthal (Hrsg.), *Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus: Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2009; M. Geyer/S. Fitzpatrick (Hrsg.), *Beyond Totalitarianism: Stalinism and Nazism compared*, Cambridge 2009.

54 Zu einer gesamteuropäischen komparativen Untersuchung des antifaschistischen Widerstands und dessen Netzwerke sind nach wie vor nur Ansätze zu verzeichnen: G. R. Überschar (Hrsg.), *Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945*, Berlin (im Erscheinen); M. Mazower, *Hitler's Empire: Nazi rule in occupied Europe*, London 2008; L. Rapone, *La socialdemocrazia europea tra le due*

Ebenso unterbelichtet ist die Analyse von informellen, biographischen und personalen Netzwerken mit ihrem „sozialen Kapital“ im gesamteuropäischen Antifaschismus, welche wichtige Fragestellungen wie die Handlungskoordination der Untersuchungsobjekte oder die Handlungspraxis der daran beteiligten Akteure mit ihrer kulturgeschichtlichen Dimension behandeln soll.<sup>55</sup>

guerre: dall'organizzazione della pace alla resistenza al fascismo (1923–1936), Rom 1999; G. van Roon (Hrsg.), Europäischer Widerstand im Vergleich, Berlin 1985.

- 55 Zum an Pierre Bourdieu angelehnten Konzept von „sozialem Kapital“ und zu seiner Relevanz für die Netzwerkforschung: P. Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: R. Kreckel (Hrsg.), Soziale Welt. Sonderband 2: Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183–198; zur Bedeutung der Netzwerke als Agenturen der „Vergesellschaftung“ und „Vergemeinschaftung“: D. Nohlen (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe, München 1998, S. 676–679; M. E. J. Newman / A.-L. Barabási / D. Watts (Hrsg.), The structure and dynamics of networks, Princeton N.J. / Oxford 2006.